des Gesprächs mit ihm in Form von Flugblättern zu verbreiten. (Mingbao, Hongkong, 25.7.92, in SWB, 29.7.92)

Bei der zehnminütigen Urteilsverkündung waren u.a. Bao Tongs Frau, seine Tochter und vier weitere Verwandte zugelassen worden. Die vorangehende Verhandlung hatte jedoch unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden, mit der Begründung, daß dabei Staatsgeheimnisse zur Sprache kommen würden. (NZZ, 23.7.92; BRu, 31/1992, S. 8)

Während der nichtöffentlichen Verhandlung, die rund vier Stunden dauerte, soll Bao Tong alle gegen ihn erhobenen Anklagepunkte als nicht zutreffend zurückgewiesen haben (FEER, 6.8.92, S. 10). Tatsächlich sind die von der Anklage vorgebrachten Beweismittel eher dazu angetan, die Unschuld von Bao Tong zu belegen. Doch es ging bei diesem Prozeß nicht um Recht, sondern um Politik: Offenbar sollte Bao Tong anstelle seines früheren Chefs Zhao Ziyang, quasi als Sündenbock, bestraft werden, und deshalb wurde das Strafmaß - wie bei anderen wichtigen politischen Prozessen auch - in den informellen politischen Führungsgremien hinter den Kulissen ausgehandelt. Orthodoxe Politiker sollen im Vorfeld des Prozesses sogar eine 13jährige Haftstrafe gefordert haben (SCMP, 26.7.92). Daß dann letztlich 'nur' eine siebenjährige Haftstrafe verhängt wurde, mag politisch gesehen "relativ mild" sein (so drückte sich der Richter aus; nach BRu, 31/1992, S. 8), ist jedoch für den Verurteilten, der unschuldig zu sein scheint, wenig tröstlich. -sch-

*(15)
Deng Yingchao verstorben

Frau Deng Yingchao, die Wittwe des früheren Ministerpräsidenten Zhou Enlai, verstarb am 11. Juli 1992 im Alter von 88 Jahren (RMRB, 12.7.92). Deng Yingchao war eine der ersten Frauen, die sich der KPCh anschlossen (1925). Sie nahm am legendären Langen Marsch von 1934 bis 1935 teil. Deng Yingchao war eine der wenigen Frauen innerhalb der Parteiführung, und sie gehörte von 1934 bis 1985 dem Zentralkomitee der KPCh an. Von Dezember 1978 bis September 1985 war sie auch Mitglied des Politbüros. Bis Anfang der 90er Jahre zählte Deng Yingchao zum informellen Führungskreis der KPCh, dem eine Reihe von Parteiveteranen angehören. Ihr tatsächlicher politischer Einfluß scheint jedoch im Vergleich zu ihren männlichen Altersgenossen gering gewesen zu sein.

Mit Zhou Enlai war Deng Yingchao seit 1925 verheiratet. Das Paar, das sich bereits vor 1920 kennengelernt hatte, blieb kinderlos, adoptierte jedoch eine Reihe von Waisen von "revolutionären Märtyrern", darunter Li Peng im Jahre 1939. -sch-

*(16)
Deng Xiaoping in Wort und Bild

Anfang Juni 1992 brachte der Volksverlag der Provinz Shanxi ein Buch über die landesweiten Reaktionen auf die Äußerungen Deng Xiaopings während seiner Reise in den Süden von Anfang dieses Jahres auf den Markt. In dem *Ostwind* betitelten Buch, das 300.000 Schriftzeichen umfaßt, wird auch auf die Bedeutung der Reden Dengs für die künftige Reform- und Öffnungspolitik eingegangen. (Xinhua, chin., 15.6.92, in SWB, 20.6.92)

Im Juli 1992 erschien beim Shanghaier Literatur- und Kunstverlag der dritte Band der Sammlung von biographischen Aufsätzen einer Vielzahl von Parteiveteranen über Deng Xiaopings militärische und politische Karriere von 1937 bis 1966. Die Sammlung trägt den Titel "In 28 Jahren vom Politkommissar auf Divisionsebene zum ZK-Generalsekretär". Der dritte Band der Sammlung enthält Darstellungen über Dengs Zeit als ZK-Generalsekretär der KPCh von 1954 bis 1966. (Xinhua, chin., 1.8.92, in SWB, 5.8.92)

Anfang Juli 1992 wurde im nationalen chinesischen Fernsehen ein zehnteiliger Dokumentarfilm über Deng Xiaopings Beiträge zur Reform- und Öffnungspolitik gesendet. Der Film mit dem Titel "Das Lied der Sonne" wurde unter Federführung der Zentralen Politischen Abteilung der VBA unter Leitung des Deng-Verbündeten Yang Baibing erstellt. In zehn Folgen werden insgesamt 20 theoretische Grundsätze Deng Xiaopings über den "Sozialismus chinesischer Prägung" und über die damit verbundene Reform- und Öffnungspolitik vorgestellt und erläutert. (SCMP, 1.7.92)

Ende Juni 1992 wurde in der Wirtschaftssonderzone Shenzhen ein 300 qm großes gemaltes Porträt von Deng Xiaoping enthüllt. Das riesige Bild zeigt Deng während seines letzten Aufenthalts in Shenzhen zu Beginn dieses Jahres und soll offenkundig an seine aufsehenerregenden Äußerungen zur Reform- und Öffnungspolitik erinnern. An der rechten Seite des in China bisher einmaligen Monumentalporträts von Deng steht in seiner eigenen Handschrift jener berühmt gewordene Satz geschrieben, den er bei seinem Besuch im Jahre 1984 in Shenzhen ausgesprochen hatte: "Die Entwicklung von Shenzhen und die diesbezüglichen Erfahrungen beweisen, daß unsere Politik der Errichtung von Wirtschaftssonderzonen korrekt ist." (Zhongguo Tongxunshe, Hongkong, 25.6.92, in SWB, 30.6.92) -sch-

Kultur

*(17)
Stetige Entwicklung der Grundlagenforschung

Die Grundlagenforschung hat sich in der Reformperiode nach den Anfeindungen, die sie in der Kulturrevolution erfahren hatte, eine feste Position im Wissenschaftssystem der VR China erobert. Trotz gelegentlicher Herausforderungen, denen sie sich durch die Bevorzugung der angewandten Forschung von seiten der Wissenschaftspolitiker und der Wissenschaftsbürokratie gegenübersieht, genießt sie heute eine unangefochtene Stellung. Diese kommt unter anderem darin zum Ausdruck, daß der Staat weiterhin die Mittel für die Grundlagenforschung bereitstellt, auch nachdem durch die Wissenschaftsreform von 1985 wissenschaftlich-technische Institute gehalten sind, sich über die Vermarktung ihrer Forschungsergebnisse selbst zu finanzieren.

Erst jüngst wurde in der *Guangming-Zeitung* (6.7.92) wiederum ein Loblied auf die Grundlagenforschung gesungen. Zwar war nicht zu verkennen, daß der Verfasser die Grundlagenforschung auch und nicht zuletzt im Hinblick auf ihren möglichen praktischen Nutzen würdigte, aber er maß ihr doch

grundsätzlich eine unverzichtbare Rolle für die Entwicklung Chinas zu. Vor allem schrieb er ihr eine wichtige Rolle in bezug auf Chinas Position in der Welt zu. Er rief die Grundlagenforschung dazu auf, die "höchsten Gipfel zu erklimmen", damit China im internationalen wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Wettbewerb bestehen könne. Hier werden die Grundlagenforschung als nationale Aufgabe und wissenschaftliche Erfolge als patriotische Taten gesehen.

Über welches Potential die Grundlagenforschung in China verfügt, wurde kürzlich in der *Volkszeitung* (11.7.92) dargelegt. Danach gibt es an der Chinesischen Akademie der Wissenschaften 32 Institute, die sich hauptsächlich mit Grundlagenforschung befassen. Hinzu kommen nahezu 100 Forschungsorgane an tertiären Bildungseinrichtungen und 77 staatliche Schwerpunkt-Laboratorien, an denen ebenfalls Grundlagenforschung betrieben wird. Auch zahlreiche Industrie-, Landwirtschafts- und Gesundheitsabteilungen sowie Provinzen haben Institutionen für Grundlagenforschung errichtet. Zu den etwa einem Dutzend Schwerpunktprojekten, die in den letzten zehn Jahren gebaut wurden, zählen ein Elektron-Positron-Collider in Beijing, ein Schwerionen-Beschleuniger in Lanzhou und ein Synchrotron-Strahlungs-Beschleuniger in Hefei. Zur Förderung der Grundlagenforschung habe die Regierung 1986 eine Wissenschaftsstiftung gegründet, deren Stiftungskapital sich von 80 Mio. Yuan auf inzwischen 220 Mio. Yuan erhöht habe. In der Planperiode 1986-90 hätten chinesische Wissenschaftler 238 Staatspreise für Errungenschaften in der Grundlagenforschung erhalten. In wichtigen internationalen Zeitschriften würden immer mehr chinesische Wissenschaftler Artikel veröffentlichen, und ihre Leistungen würden immer mehr internationale Anerkennung finden. 364 Wissenschaftler hätten Positionen in internationalen wissenschaftlichen Organen inne, und nicht wenige seien Mitglied in ausländischen Akademien. Insgesamt seien etwa 100.000 Wissenschaftler mit Grundlagenforschung befaßt, davon 30.000 ausschließlich. Durch die Einführung des Doktorandenstudiums werde für jungen Nachwuchs gesorgt. -st-

*(18)

Großes Interesse von Wissenschaftlern für Wirtschaftssonderzonen

Die südchinesischen Wirtschaftssonderzonen haben erkannt, daß ihre ehrgeizigen Entwicklungspläne nur zu verwirklichen sind, wenn ihnen ein ausreichendes Potential an Wissenschaftlern und Technikern zur Verfügung steht. Deshalb werben sie im ganzen Land um erstklassige Wissenschaftler, die sie mit besonderen Vergünstigungen locken. Insbesondere die Wirtschaftssonderzone Zhuhai wirbt mit lockenden Angeboten (s. C.a. 1992/4, Ü 13). Entsprechend groß ist das Interesse: Der Bürgermeister von Zhuhai soll in den letzten vier Monaten 1.506 Bewerbungen von Wissenschaftlern und Technikern aus dem ganzen Land erhalten haben. Eine Analyse von 400 Bewerbungsschreiben ergab, daß 346 Bewerbungen aus dem Inland, 48 von im Ausland Studierenden und 5 von Auslandschinesen kamen (XNA, 24.7.92). Die überwiegende Mehrzahl der Bewerber stammt also aus China selbst. Entscheidend für den Wunsch, in Zhuhai oder anderen südchinesischen Wirtschaftssonderzonen zu arbeiten, dürften vor allem die höheren Gehälter und besseren Wohnungen sein. -st-

*(19)

Bestimmungen für im Ausland arbeitende Wissenschaftler

Ende Juli 1992 hat die Staatliche Erziehungskommission "Provisorische Bestimmungen bezüglich einiger Probleme von im Ausland arbeitenden Wissenschaftlern und Technikern" erlassen. In den Bestimmungen wird die Politik, Wissenschaftler und Techniker zur Arbeit ins Ausland zu schicken, bejaht, weil sie die wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Austausch mit dem Ausland fördere. Aber da es bezüglich der Probleme bei im Ausland arbeitenden Wissenschaftlern und Technikern bislang keine Regelungen gab, so heißt es weiter, und auch die Genehmigungsprozeduren zu umständlich waren, sei die Entlohnung bei einem Teil hochqualifizierter Experten zu niedrig gewesen und seien erfinderische und schöpferische geistige Eigentumsrechte nicht entsprechend behandelt worden. Um die Reform- und Öffnungspolitik zu erweitern und die "gesunde Entwicklung" der Arbeit von Wissenschaftlern und Technikern im Ausland zu garantieren, würden nun entsprechende Bestimmungen erlassen.

In den Bestimmungen wird erklärt, daß die Entsendung von Wissenschaftlern und Technikern aus China zur Arbeit im Ausland und die Rückholung dieser Leute zur Förderung der Reform- und Öffnungspolitik notwendig sei. China müsse Maßnahmen ergreifen, um die im Ausland arbeitenden Wissenschaftler und Techniker zurückzuholen, damit sie in China arbeiten, und ihnen für ihren Dienst am Vaterland die entsprechende Umgebung und Bedingungen zu schaffen. Gleichzeitig müsse man die Öffnung weiter vorantreiben und noch mehr Wissenschaftler und Techniker organisiert und geplant zum Arbeiten ins Ausland schicken. Die Erfahrungen der letzten Jahre hätten gezeigt, daß sich die Entsendung von Experten ins Ausland bewährt habe und daß viele nach ihrer Rückkehr in verschiedenen Gebieten unentbehrlich geworden seien und wichtige Beiträge für die Modernisierung geleistet hätten.

Für die Entlohnung der Arbeit im Ausland wird folgendes verfügt:

1. Das persönliche Einkommen von Wissenschaftlern und Technikern im Ausland gehört grundsätzlich dem Betreffenden selbst. Die einstellende ausländische Institution trifft mit der chinesischen Einheit, bei der der Betreffende beschäftigt ist, eine Vereinbarung und zahlt einen Teil des Gehaltes an die chinesische Einheit. Diese kann von dem persönlichen Gehalt "natürlich" eine gewisse Summe als Verwaltungsgebühren beanspruchen.
2. Das Problem des Gehalts für den Betreffenden in China kann aufgrund der komplizierten Lage nicht einheitlich geregelt werden. Deshalb muß das Problem zwischen der Einheit und dem Betreffenden im Geiste der staatlichen Bestimmungen ausgehandelt werden.
3. Das von ausländischer Seite gezahlte Gehalt soll internationalem Standard entsprechen, nicht nur im Interesse des Betreffenden, son-

dern auch um der nationalen Würde wegen. Jede Einheit muß auf diesen Punkt achten.

Abschließend heißt es, daß sich diese Bestimmungen hauptsächlich auf die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen China und dem Ausland beziehen. Sie sollen auch für Regierungsvereinbarungen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit gelten. Bei Wirtschafts- und Handelsvereinbarungen kann allerdings von diesen Bestimmungen - je nach den Umständen - abgewichen werden, sofern internationale Gepflogenheiten eingehalten werden. (RMRB, 27.7.92)

Der Hauptgrund für diese Bestimmungen ist nicht, daß die chinesischen Wissenschaftler und Techniker, die im Ausland arbeiten, zu niedrige Gehälter bekommen, sondern daß die chinesische Seite von den Auslandsgehältern mit profitieren und vor allem Devisen erhalten möchte. Deshalb will der Staat auch nicht die Kontrolle über im Ausland arbeitende Wissenschaftler verlieren und dürfen diese nicht selbständig im Ausland Arbeitsverhältnisse eingehen. Vielmehr müssen die Arbeitsverträge zwischen der chinesischen Einheit, bei der der betr. Wissenschaftler tätig ist, und dem ausländischen Arbeitgeber geschlossen werden. Auf diese Weise ist es der entsendenden Einheit möglich, einen Teil des Auslandsgehalts für sich abzuzweigen. -st-

*(20)

Weiterhin Militärübungen für Studenten

Die nach den Studentenunruhen 1989 im Herbst desselben Jahres für Studienanfänger eingeführte militärische Ausbildung wird nach Auskunft einer Sprecherin der Staatlichen Erziehungskommission weiterhin beibehalten. Betroffen sind in erster Linie die Studienanfänger von gut 140 Schwerpunkthochschulen, die sich einem achtwöchigen militärischen Training unterziehen müssen. Die Kurse werden vom Staat finanziert und entweder auf dem Campus oder bei den Truppeneinheiten durchgeführt. Hinzu kommen weitere gut 200 Hochschulen, die die Mittel für die militärischen Ausbildungskurse selbst aufbringen. Das militärische Training für Studenten sei eine langfristige Politik der Partei, erklärte die Sprecherin. Sie kündigte an, die Zahl der Hochschulen, denen der Staat die Militärausbildung finanziert, werde erhöht. (GMRB, 28.6.92)

Der Stand ist demnach der gleiche wie im Herbst 1989 (vgl. C.a. 1989/10, Ü 29), d.h., derzeit findet das militärische Training nur an etwa einem Drittel der insgesamt 1075 regulären Hochschulen statt. Es sind dies vor allem solche Hochschulen, deren Studenten sich in der Demokratiebewegung engagiert hatten. Unter den Studenten, besonders denen der Beijing-Universität, soll sich starker Widerstand gegen die militärischen Pflichtübungen regen. Viele halten das Training für zu hart, manche sind dem Druck nicht gewachsen und bekommen psychische Probleme. An der Beijing-Universität soll es im vergangenen Herbst zu Protesten gekommen sein. Zumindest soll die Mehrzahl der Teilnehmer an den Kursen das Vertrauen in die Partei verloren haben (*Ming Bao*, Hongkong, 7.10.91, nach SWB, 10.10.91).

Ein ganz anderes Bild wird in einem Bericht über die Abschlußfeier für die Studenten des Jahrgangs 1991 von der Fudan-Universität (Shanghai) gezeichnet, die ihre militärischen Übungen an der Militärakademie Dalian absolvierten (RMRB, 8.7.92). Li Tieying, Politbüromitglied, Staatsrat und Leiter der Staatlichen Erziehungskommission, erklärte auf der Feier in Dalian vor den 747 Studenten der Fudan-Universität, das militärische Training für Studienanfänger habe für das ZK, den Staatsrat und die Zentrale Militärkommission strategische Bedeutung und stelle eine wichtige Maßnahme im Rahmen der Reform der Hochschulbildung dar. Diese Politik habe sich als völlig richtig erwiesen, die Reform sei erfolgreich und fände von Tag zu Tag mehr Akzeptanz bei den Hochschulen, Studenten, Eltern und der Gesellschaft. In dem Bericht heißt es weiter, viele Studenten seien wegen guter Bewertung ausgezeichnet worden, und 235 Studenten hätten Anträge auf Parteimitgliedschaft gestellt; 34 von diesen seien aufgenommen worden.

Die Militärakademie Dalian bildet seit 1990 Studienanfänger der Fudan-Universität aus; es handelte sich hier also um den zweiten Jahrgang. Im Rahmen der militärischen Ausbildung werden auch Unterricht in marxistischer Theorie sowie neuerer und neuester Geschichte und Militärgeschichte und kulturelle Kurse erteilt; außerdem werden Untersuchungen auf dem Lande, Feldlager und Marschtraining veranstaltet, die die geistige und körperliche Verfassung der Studenten positiv verändert haben sollen. In den drei Jahren seit Einführung der Maßnahme haben die 4 Militärakademien Shijiazhuang, Xinyang, Nanchang und Dalian gut 7.000 Studienanfänger der beiden Eliteuniversitäten Beida (Beijing) und Fudan ausgebildet (ebd.). -st-

*(21)

Diesjährige Hochschulaufnahmeprüfungen

Vom 7.-9.Juli fanden wiederum für ganz China einheitlich die diesjährigen Hochschulaufnahmeprüfungen statt. Die Zahl der Bewerber für die allgemeinen Hochschulen betrug 2,98 Mio. Die meisten Bewerber waren für die Naturwissenschaften zu verzeichnen, nämlich 1,66 Mio. Für die Geisteswissenschaften wurden 770.000, für Fremdsprachen 150.000, für Kunst 84.000 und für Sport 60.000 Bewerber registriert. 1,9 Mio. der Bewerber waren männlich, 1,08 Mio. weiblich. (RMRB, GMRB, 6.7.92)

In diesem Jahr werden 628.000 Studienanfänger zum Studium zugelassen, d.h. etwa jeder vierte Bewerber erhält einen Studienplatz. Anfang der achtziger Jahre wurde nur jeder 15. Bewerber zugelassen. (XNA, 8.7.92) Die günstigere Lage heute ist zum Teil auf die Steigerung der zur Verfügung stehenden Studienplätze zurückzuführen (die Zahl der Hochschulen erhöhte sich zwischen 1977 und 1988 von 404 auf 1.075), zum Teil aber auch darauf, daß in vielen Orten eine Vorauswahl für die Zulassung zu den Aufnahmeprüfungen getroffen wird.

Seit einiger Zeit ist eine Reform der Aufnahmeprüfungen im Gespräch. Sie beinhaltet eine Reduzierung der Prüfungsfächer. Die Voraussetzung hierfür war die Einführung einer Art Abiturprüfung in diesem Jahr, bei der die Fähigkeiten der Abgänger der Oberen Mittelschule in jedem Fach bewertet werden (vgl. C.a. 1992/1, Ü 13). Die Zulassung zum Hochschulstudium soll nicht mehr allein von den Leistungen bei der Aufnahmeprüfung abhängig sein, sondern die Gesamtleistung des

Schülers auf der Schule soll für die Bewertung mit entscheidend sein. In diesem Jahr wurden die Prüfungen noch nach alter Art abgehalten. Erst im September soll die endgültige Entscheidung über die Reform der Aufnahmeprüfungen fallen (XNA, 8.7.92). -st-

*(22)

Physiker Qian Sanqiang gestorben

Am 28.Juni 1992 verstarb der bekannte Nuklearphysiker Qian Sanqiang im Alter von 79 Jahren in Beijing. Qian war einer der bekanntesten Wissenschaftler Chinas, der hohe Positionen und zahlreiche Ehrenämter bekleidete. Die großen Tageszeitungen würdigten ihn mit einem längeren Nachruf (RMRB, GMRB, 3.7.92; s.a. XNA, 3.7.92). Die wichtigsten Daten seiner Biographie sind darin wie folgt festgehalten: Er wurde 1913 in der Provinz Zhejiang geboren, machte 1936 am Physikalischen Seminar der Qinghua-Universität Examen und ging dann für einen längeren Forschungsaufenthalt nach Frankreich, wo er u.a. am Curie-Institut in Paris arbeitete. 1946 erhielt er den Physik-Preis der Französischen Akademie. Zusammen mit seiner Ehefrau He Zehui, ebenfalls Physikerin, arbeitete er auf dem Gebiet der Kernfusion. 1948 kehrte er nach China zurück, wo er Professor für Physik an der Qinghua-Universität und Direktor des Atomforschungsinstituts der Beipinger Forschungsakademie wurde. Nach Gründung der Volksrepublik wurde er Direktor des Instituts für moderne Physik (später in Institut für Atomenergie umbenannt) der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und Direktor der Planungsabteilung der Akademie. Später wurde er u.a. stellvertretender Generalsekretär der Akademie der Wissenschaften, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften, Präsident der Universität Zhejiang, stellvertretender Leiter der dem Staatsrat unterstehenden Kommission für akademische Grade, stellvertretender Leiter der Nationalen Kommission für naturwissenschaftliche Preise und Vizepräsident der Chinesischen Gesellschaft für Wissenschaft und Technik. 1954 trat er in die KPCh ein. Dies brachte ihm auch politische Ämter ein wie z.B. Abgeordneter im 1. NVK (1954) und Mitglied des Ständigen Ausschusses der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (1983 und 1988).

Der Präsident der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, Zhou Guangzhao, würdigte Leben und Werk Qian Sanqiangs in einem ausführlichen Beitrag in der *Volkszeitung* vom 11.7.92.

Qian leistete wichtige Beiträge zur chinesischen Kernforschung und Forschung auf dem Gebiet der Atomenergie. Vor allem war er entscheidend an der Entwicklung der chinesischen Atom- und Wasserstoffbombe beteiligt. Als Wissenschaftler seines Ansehens war er schon zu Maos Zeiten von der politischen Führung umworben. Dies galt insbesondere in der nachmaoistischen Reformperiode. Qian gehörte damit zu jenen Vertretern der wissenschaftlich-technischen Elite, auf die der Staat angewiesen ist und die sich mit der politischen Macht arrangieren. Ihre Loyalität zu Partei und Staat wird mit entsprechenden Privilegien belohnt. -st-

*(23)

Personalreform an der Akademie der Wissenschaften

Die Reform im Wissenschaftsbereich soll jetzt vorangetrieben werden. An der bedeutendsten wissenschaftlichen Einrichtung Chinas, der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, soll das Personal drastisch reduziert werden. Die meisten der 90.000 Angestellten dort sollen in Industrieunternehmen unterkommen. Wie der Präsident der Akademie, Prof. Zhou Guangzhao, erklärte, soll die Zahl der fest angestellten Wissenschaftler bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf 6.000 reduziert werden. Die meisten der übrigen Forscher sollen als Gastwissenschaftler geführt werden. Die 6.000 verbleibenden Wissenschaftler sollen hauptsächlich langfristige Grundlagenforschung betreiben. Diese werde vom Staat finanziert, so daß die Akademie alle Mittel, die sie staatlicherseits erhält, in die Grundlagenforschung stecken wird. In der Wissenschaft überlebe nur das Beste, meinte der Präsident, das Zweitbeste sei nichts wert. Die Akademie werde für die Wissenschaftler eine Umgebung schaffen, in der sie genügend Geld zur Verfügung hätten und sich ihre Forschungsprojekte völlig frei wählen könnten, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen.

Weitere 6.000 Wissenschaftler und Ingenieure sollen laut Ankündigung des Akademiepräsidenten an der Akademie tätig bleiben und in Observatorien oder ökologischen und umweltwissenschaftlichen Feldforschungsstationen arbeiten.

Neben der Grundlagenforschung soll das zweite Standbein der Akademie der Wissenschaften die Entwicklung von High-Tech-Industrie sein. Zu diesem Zweck will die Akademie Hunderte von neuen Forschungs- und Entwicklungsgesellschaften errichten, wo alle Angestellten, die sich nicht für Grundlagenforschung eignen, neue Betätigungsfelder erhalten sollen. Das heißt, die nicht fest an der Akademie verbleibenden Wissenschaftler sollen in die Industrie gehen, wobei sie entweder Forschungsinstitute in Verbindung mit Betrieben leiten, selbst Betriebe gründen oder von anderen Betrieben übernommen werden können. Auf diese Weise will die Akademie die nationale Basis für neue und High-Tech-Industrie werden. Bis Ende des Jahrhunderts, so kündigte Zhou Guangzhao an, wolle die Akademie mehrere exportorientierte High-Tech-Unternehmensgruppen, deren jährlicher Output einen Wert von 1 Mrd. Yuan überschreiten soll, sowie Dutzende von Silicon-Valley-Unternehmen, deren jährlicher Output einen Wert von mindestens 100 Mio. Yuan erreichen soll, aufgebaut haben. Nach dem Verständnis des Präsidenten werden die Forschungsprojekte dann künftig nicht mehr im Rahmen der staatlichen Pläne den 125 Akademieinstituten zuerteilt, sondern großenteils über Ausschreibungen an die neugegründeten F+E-Gesellschaften der Akademie vergeben. (XNA, 8.7.92)

Eines der Ziele der Reform des Wissenschaftssystems war die Verwirklichung der Forderung, daß sich die Wissenschaft mit Ausnahme der Grundlagenforschung im wesentlichen selbst finanziert. Dies soll durch die Gründung von F+E-Unternehmen seitens der Akademie der Wissenschaften geschehen, die anwendungsorientierte Forschung betreiben und diese in der Produktion umsetzen. Für einen Teil der an der Akademie tätigen Wissenschaftler mag sich hier ein neues Betätigungsfeld öffnen. Ob es aber gelingt, einen Personalbestand von ca. 80.000 Wissenschaftlern in den geplanten In-

stitutionen unterzubringen, erscheint zweifelhaft, zumal ja auch für Wissenschaftler anderer Forschungsinstitutionen neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden müssen. -st-

*(24)
Archäologie im Dienst der Politik: Ausgrabungen auf den Nansha-Inseln

Ein chinesischer Archäologe namens Wang Hengjie, außerordentlicher Professor am Zentralen Nationalitäteninstitut, treibt mit finanzieller Unterstützung der Provinzregierung von Hainan archäologische Forschungen auf den von China, aber auch von Vietnam und den Philippinen beanspruchten Nansha-(Spratly-)Inseln im Südchinesischen Meer. Mit Hilfe örtlicher Fischer hat Wang eine Reihe von Funden geborgen, darunter Steinzeugscherben aus der Qin-Dynastie (221-207 v.Chr.), Celadon-Prozellan aus der Tang- und Song-Dynastie (618-907 bzw. 960-1279), blau-weißes Porzellan aus der Ming- und Qing-Dynastie (1368-1644 bzw. 1644-1911), Bronzemünzen und einen zwei Meter großen Anker. Die Funde, so heißt es in der Xinhua-Meldung vom 2.7.92, bewiesen, daß die Inseln immer chinesisches Territorium waren. Die höchsten Vertreter der Provinzregierung Hainan, u.a. der Parteisekretär und der Gouverneur, haben die Funde besichtigt. Der Parteisekretär hat daraufhin sofort weitere finanzielle Unterstützung für die archäologischen Forschungen zugesagt und 10.000 Yuan für diesen Zweck bewilligt. Auch bat er sich Berichterstattung über die Funde aus.

Hinter den archäologischen Ausgrabungsarbeiten im Südchinesischen Meer stehen eindeutig politische Interessen. Die Funde werden als "Beweise" genommen, daß die Inseln schon immer chinesisch waren. Daß die Güter auch im Rahmen des schon früh betriebenen chinesischen Küstenhandels dorthin gelangt sein könnten, wird gar nicht erst in Erwägung gezogen. Wie in allen Grenzgebieten Chinas - etwa in Tibet, Xinjiang, Innerer Mongolei oder Heilongjiang, wird die Archäologie in den Dienst der Politik gestellt, d.h. sie soll den Nachweis erbringen, daß die Gebiete historisch zu China gehören. -st-

*(25)
Grabungserlaubnis für ausländische Archäologen

Bisher war China peinlichst darauf bedacht, seine reichhaltigen unterirdischen archäologischen Schätze ausschließlich von chinesischen Archäologen freilegen zu lassen. Neuerdings zeichnet sich hier jedoch eine Wende ab, denn China ist an gemeinsamen Ausgrabungen mit ausländischen Archäologen interessiert. Das Auslandsamt des Staatlichen Büros für kulturelles Eigentum hat kürzlich einem französischen und einem kanadischen Team die Genehmigung für Grabungen in Heilongjiang erteilt (*China Daily*, 26.7.92, nach XNA, 27.7.92). Wie weiter verlautet, sollen in diesem Jahr bereits zahlreiche Anträge auf Grabungserlaubnis in Yunnan, Xinjiang, Gansu, Ningxia und den Küstengebieten von Archäologen aus den USA, Japan, Frankreich, Großbritannien, Australien und Belgien gestellt worden sein. Entsprechende Bestimmungen, die Ausländern die Beteiligung an Grabungen in China ermöglichen, hat die chinesische Regierung Ende 1989 erlassen. China, so heißt es, sei besonders daran interessiert, auf diese Weise ausländische Geldmittel für die archäologische Arbeit zu erhalten und von den ausländischen Archäologen fortgeschrittene Techniken zu lernen. -st-

*(26)
"Venus" - ein Film zur moralischen Erziehung

Zur Zeit wird in China ein neuer Film mit dem Titel "Venus" von der Partei propagiert, weil er offensichtlich der kulturpolitischen Linie der Partei, daß nämlich Kunstwerke eine erzieherische Funktion haben sollen, sehr gut entspricht. Der Film handelt von einer Gruppe zurückgebliebener Kinder, die in einer Atmosphäre der Liebe und Harmonie aufwachsen. Der Film wurde Anfang Juli bei der offiziellen Premiere in der Großen Halle des Volkes in Beijing unter Anwesenheit zahlreicher politischer Führer gezeigt (RMRB, 8.7.92). Bei diesem Anlaß hielt Li Ruihuan, im Politbüro für Ideologie und Propaganda zuständig, eine Rede, deren Wortlaut die *Volkszeitung* (ebd.) abdruckte. Er würdigte den Film als einen hervorragenden Streifen mit "tiefem ideologischen Gehalt" und starkem künstlerischen Ausdruck, der seiner Meinung nach eine gute gesellschaftliche Wirkung ausüben werde. Der Film handele von den Gefühlen zwischen Vater und Sohn, Lehrer und Schüler, Meister und Lehrling und zwischen Kollegen, d.h. von den Alltäglichkeiten der Menschen. Li hob besonders hervor, daß der Film die traditionellen Tugenden des chinesischen Volkes zum Ausdruck bringe, zugleich aber auch die neuartigen menschlichen Beziehungen in einer sozialistischen Gesellschaft, nämlich Gleichheit, Solidarität, Liebe und gegenseitige Hilfe. Er stellte den Film als Vorbild für gute menschliche Beziehungen hin, die eine Grundvoraussetzung für die Schaffung einer sozialistischen Ethik seien.

Der Film wird in erster Linie wegen seiner moralischen Qualitäten gelobt, die sowohl als dem Bereich der traditionellen wie auch dem der sozialistischen Ethik zugehörend charakterisiert werden. Nach wie vor werden in China die moralischen Werte eines Kunstwerks den künstlerischen übergeordnet.

Das Drehbuch zu dem Film stammt von der Schriftstellerin Hang Ying, Regisseur war Xie Jin, Kameramann Lu Junfu. Der Film entstand in Tianjin als Ergebnis einer gemeinsamen Planung zwischen Vertretern der Stadt und der Schriftstellerin Hang Ying, eine Reihe von Filmen mit "warmer Strömung" zu drehen. Seit Jahren bemüht sich die Stadt, die zwischenmenschlichen Beziehungen zu verbessern; dabei sind zahlreiche freiwillige Hilfsorganisationen und alle möglichen Dienstleistungsaktivitäten entstanden, die die Schriftstellerin besucht hat und die ihr als Anregung dienten (vgl. Besprechung des Films in RMRB, 9.7.92). -st-

*(27)
Ein neuer Film von Zhang Yimou: "Qiu Jus Prozeß"

Der im Ausland wohl bekannteste Regisseur der VR China, Zhang Yimou, dessen Filme in China teils kritisiert, teils verboten wurden, scheint in der Gunst der Filmzensoren Chinas wieder zu steigen. Jedenfalls wurde sein jüngster Film, "Qiu Jus Prozeß", vom Staatlichen Filmbüro gebilligt. Der Film,

der in nur drei Monaten Drehzeit entstand, spielt auf dem Lande in der Provinz Shaanxi und handelt von einer Frau, die den Bürgermeister ihres Dorfes verklagt, weil er ihren Mann mißhandelt hat. Anders als seine früheren Filme, die alle in der Vergangenheit spielten, schildert dieser Film die Gegenwart. Das Besondere ist, daß der Film zur Hälfte aus Dokumentaraufnahmen mit Bauern besteht und nur vier professionelle Schauspieler und Schauspielerinnen mitwirken. Das Drehbuch zu dem Film schrieb Liu Heng, ein guter Freund des Regisseurs. Finanziert wurde der Film von einer Hongkonger Gesellschaft. (XNA, 10.7.92)

Die beiden zuvor von Zhang Yimou gedrehten Filme, "Ju Dou" und "Rote Laterne", wurden in China zunächst verboten. Wie jetzt bekannt wurde, soll "Rote Laterne" im September in China gezeigt werden. Im Ausland ist der Film inzwischen angelaufen. Zhang Yimou zeigte sich sehr glücklich über seinen Triumph. In den letzten drei Jahren, so erklärte er, habe er die warme, selbst wenn manchmal kritische Aufnahme seiner Filme durch das chinesische Publikum vermißt. Dies sei ein völlig anderes Gefühl, als unter Ausländern zu sitzen, die seine Filme sehen (ebd.). Als Filmemacher könne er nur in China arbeiten, hat Zhang wiederholt gesagt, und es immer abgelehnt, im Ausland zu bleiben.

Das Motiv für die Zulassung von Zhangs Filmen durch das Staatliche Filmbüro scheint weniger der Wunsch nach mehr Liberalität zu sein als vielmehr die katastrophale Lage auf dem Filmsektor. Die Filmindustrie hat große Einkommensverluste zu beklagen, weil in ganz China die Zahl der Kinobesucher sinkt (XNA, 21.5.92). 1991 gingen 20 Prozent weniger Leute ins Kino als 1990, und für 1992 wird gegenüber 1991 ein Rückgang um 30 Prozent vorausgesagt (XNA, 20.6.92). Das Staatliche Filmbüro sieht sich zu Gegenmaßnahmen genötigt. Zum einen soll die Zahl der in China jährlich gedrehten Filme erhöht werden, denn pro Jahr werden nur etwa 130 Spielfilme gedreht, doch der Bedarf liegt bei mindestens 220 Filmen. Außerdem sollen mehr ausländische Filme importiert und bislang verbotene chinesische Filme überprüft und ggf. freigegeben werden (XNA, 21.5.92). Von dieser Situation profitiert Zhang Yimou. Im übrigen dürften die chinesischen Filmzensoren erkannt haben, daß es China nicht gut ansteht, die Werke eines im Ausland so gefeierten Regisseurs wie Zhang Yimou zu Hause zu verbieten. -st-

*(28)

Alle zwei Jahre Internationale Filmfestspiele in Shanghai

Shanghai hat vom Staatsrat die offizielle Genehmigung erhalten, alle zwei Jahre internationale Filmfestspiele zu veranstalten. Die ersten regulären Festspiele sollen vom 7.-14.Oktober 1993 stattfinden. Wie der Vizebürgermeister von Shanghai erklärte, seien diese Festspiele die größten in der chinesischen Filmgeschichte. Die internationale Jury der Festspiele soll sich aus neun führenden Filmkünstlern aus aller Welt zusammensetzen. Preise werden vergeben für den besten Film, den besten Regisseur, den besten Schauspieler und die beste Schauspielerin; hinzu kommt ein spezieller Preis der Jury. Ab 1995 sollen die Festspiele umfassend sein und neben Spielfilmen auch Trick- und Dokumentarfilme sowie Wissenschafts- und Erziehungsfilme zeigen. (XNA, 21.7.92) Shanghai gehört neben Changchun und Xi'an zu den wichtigsten Zentren des chinesischen Films. -st-

*(29)

Ethnische Sprachen in Xinjiang im Aufwind?

Offensichtlich um die brisante Lage der verschiedenen Nationalitäten in Xinjiang zu entspannen, befürwortet die chinesische Regierung derzeit eine lockerere Sprachenpolitik. Einer offiziellen Meldung zufolge (XNA, 28.7.92) haben alle Präfekturen, Städte, Kreise und Behörden in Xinjiang, dem Autonomen Gebiet der Uiguren, Übersetzungsabteilungen mit insgesamt 5.000 Angestellten eingerichtet, um den Gebrauch ethnischer Sprachen zu fördern. In Xinjiang, so heißt es in der Meldung, leben 13 Ethnien, darunter Uiguren, Kasachen, Kirgisen, Usbeken, Russen und Mongolen. An den Schulen würden sieben ethnische Sprachen im Unterricht verwendet, Lehrbücher würden in sechs dieser Sprachen veröffentlicht. Die 37 örtlichen Rundfunkstationen sendeten ebenfalls in sechs Sprachen, während der Regionalfernsehsender und die 23 örtlichen Fernsehstationen ihre Programme in vier ethnischen Sprachen übertrügen.

Eigentlich leben in Xinjiang mindestens 15 verschiedene ethnische Gruppen. In der offiziellen Sprachpolitik finden allerdings nur die größten Ethnien Beachtung, während sich die kleineren Gruppen in bezug auf Schule, Funk, Fernsehen, Verwaltung usw. einer der größeren Sprachen bedienen müssen. -st-

*(30)

Chinesisches Medikament gegen Aids gefunden?

Chinesische Mediziner glauben, mit einem aus der traditionellen chinesischen Medizin auf Pflanzenbasis entwickelten Medikament Aids heilen zu können. Prof. Lü Weibo von der Chinesischen Akademie für chinesische Medizin berichtete kürzlich, daß er als Leiter eines chinesischen Expertenteams das Medikament drei Jahre lang in Tansania getestet habe. Bei 31,01% der Aids-Patienten habe sich die Immunität verbessert, und die Sterberate habe bei Patienten, die mit chinesischer oder mit chinesischer und westlicher Medizin behandelt worden seien, 12,04% betragen, während sie bei Behandlung mit herkömmlicher westlicher Medizin 50-60% ausgemacht habe. Den Informationen Prof. Lüs zufolge gab es in China bis zum 1.4.92 6 Aids-Kranke und 708 Träger des Aids--Virus (darunter 606 in Yunnan, 25 in Beijing und 21 in Guangdong). Da man bei 5-8% der Träger mit dem Ausbruch der Krankheit rechnen müsse, seien präventive Maßnahmen vorrangig. Deshalb habe die Staatliche Kommission für Wissenschaft und Technik die Behandlung von Aids mit chinesischer Medizin als Schwerpunktprojekt im 8.Fünfjahrplan (1991-95) ausgewiesen. Ein Zentrum für die Entwicklung chinesischer Medikamente zur Bekämpfung von Aids wurde gemeinsam vom Institut für theoretische Grundlagenforschung der Chinesischen Akademie für chinesische Medizin und der pharmazeutischen Firma Dongfeng in Lianyungang (N-Jiangsu) errichtet. (RMRB, 6.7.92)

Sicherlich ist das Medikament in Tansania nicht mit wissenschaftlichen Methoden getestet worden, aber es ist

möglich, daß die gegenwärtig in China unternommenen Anstrengungen zur Bekämpfung von Aids mit den Mitteln der traditionellen chinesischen Medizin zum Erfolg führen. -st-

*(31)

Trends in Bevölkerungsentwicklung der neunziger Jahre

Kürzlich erschien in der *Volkszeitung* ein Artikel über die Trends in der Bevölkerungsentwicklung der neunziger Jahre. Darin wird zu drei Punkten wie folgt Stellung genommen:

1. Trend des gesamten Bevölkerungswachstums:

Aufgrund seiner Altersstruktur erlebt China zwischen 1986 und 1997 einen Geburtenschub. Dies liegt daran, daß jährlich mehr als 1,1 Mio. Frauen das Alter von 23 Jahren erreichen (das Alter, in dem sie gewöhnlich ihr erstes bekommen). Sieben Jahre in dieser Phase erreichen mehr als 1,2 Mio. Frauen das Alter von 23 Jahren, in den ersten drei Jahren der neunziger Jahre sogar rund 1,3 Mio.; im Jahr 1992 könnten es mehr als 1,32 Mio. sein. Obwohl dieser Geburtenboom nicht die Stärke der beiden früheren von 1953-57 und 1962-73 aufweist, wird das absolute Bevölkerungswachstum pro Jahr aufgrund der Ausgangslage sehr viel höher sein. Entsprechend schwierig ist die Eindämmung des Bevölkerungswachstums. Bei einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 1,25%, wie sie im 8.Fünfjahrplan und im Zehnjahresplan vorgesehen sind, wird die Bevölkerung auf dem Festland bis zum Jahr 2000 auf 1,3 Mrd. angestiegen sein, und wenn man nicht aufpaßt, könnte sie noch mehr steigen. Auch im 21. Jh. wird das Wachstum zunächst anhalten, um dann allmählich zu sinken. Voraussichtlich wird die Bevölkerungszahl im Jahre 2050 1,6 Mrd. betragen.

Das Bevölkerungswachstum machte die rigorose Durchsetzung der staatlichen Bevölkerungspolitik zwingend. Dabei müsse in erster Linie das Reproduktionsverhalten der Menschen verändert werden. Die Vorteile von weniger Kindern müßten klargemacht, die Kosten für die Kinder mit dem Nutzen verglichen werden.

2. Der Trend des rapiden Wachstums der Arbeitsbevölkerung:

Aufgrund des gegenwärtigen Bevölkerungsschubes wächst auch die Arbeitsbevölkerung rapide an. 1990 betrug der Anteil der 15-59jährigen 722,27 Mio., das waren 63,71% der Gesamtbevölkerung. Bis 1995 wird dieser Anteil voraussichtlich auf 777,65 Mio. oder 63,96% ansteigen. Für das Jahr 2000 rechnet man mit 822,62 Mio. oder 64,29%, für das Jahr 2010 mit 925,75 Mio. oder 67,14%. Erst danach beginnt er allmählich zu sinken; im Jahre 2020 wird er auf das gegenwärtige Niveau gesunken sein, im Jahre 2030 auf 59,45%, im Jahre 2040 auf etwa 58,76%.

Nach Meinung des Verfassers bedeuten diese Veränderungen bei der Arbeitsbevölkerung sowohl eine Herausforderung als auch eine Chance. Eine Herausforderung bedeuteten sie insofern, als der Druck auf den Arbeitsmarkt ständig zunehme und immer schwerer zu mindern sein werde. Der Anstieg der Arbeitsbevölkerung könne aber auch als Chance begriffen werden, weil in den kommenden zwanzig Jahren, von der Altersstruktur her gesehen, sozusagen ein "goldenes Zeitalter" herrsche. Die in dieser Periode reichlich vorhandenen und relativ billigen Arbeitskräfte trügen zur Senkung der Produktionskosten und damit zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten bei. Die relativ geringen Lasten der Arbeitskräfte und der Gesellschaft wirkten sich vorteilhaft auf die Akkumulation aus und förderten den technischen Fortschritt und das Wirtschaftswachstum. Tatsächlich hätten einige Staaten, insbesondere die relativ entwickelten Länder Asiens, wie Japan und Singapore, dieses "goldene Zeitalter" der Bevölkerung genutzt, als sich ihre Wirtschaft in der "Take-off"-Phase befand. Auch China sollte die günstige Chance, die sich durch die Veränderung der Altersstruktur biete, nutzen, um das Tempo des Aufbaus in Verbindung mit der Reform und Öffnung zu beschleunigen.

3. Der Trend der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung:

Aufgrund des Sinkens der Geburtenziffern und der höheren Lebensdauer wird während des Prozesses der Zunahme der Gesamtbevölkerung und der Arbeitsbevölkerung auch der Anteil der Alten in der Bevölkerung sehr schnell steigen, so daß sich in der Altersstruktur die Tendenz der Überalterung bemerkbar macht. 1990 betrug der Anteil der über 60jährigen 8,6%, 1995 wird er voraussichtlich auf 9,3% und im Jahre 2000 auf 10,0% angestiegen sein. In den ersten vierzig Jahren des 21.Jh. wird sich das Tempo der Überalterung noch beschleunigen; so wird der Anteil der über 60jährigen 2020 auf 15,0% ansteigen und 2040 mit 21,8% den Höhepunkt erreichen. Erst danach wird er wieder abnehmen.

Dieser Herausforderung darf nach Auffassung des Verfassers keinesfalls mit dem Mittel der Steigerung der Geburtenrate begegnet werden, denn dieses könne die absolute Zahl der Alten nicht verringern, sondern nur für einen bestimmten Zeitraum den Anteil der Alten senken. Dies wäre dann aber mit einem Anwachsen der Gesamtbevölkerung erkauft und brächte keine Vorteile. Eine Überalterung der Bevölkerung bis zu einem gewissen Grade sei nicht zu vermeiden, sie sei sogar notwendig und der einzig gangbare Weg in Richtung Nullwachstum der Bevölkerung. Aber da die Überalterung in China relativ schnell vor sich gehe, müßten rechtzeitig entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, d.h. es müsse als erstes ein den chinesischen Verhältnissen entsprechendes Altersversorgungssystem aufgebaut werden.

Die Grundforderungen beim Aufbau eines solchen Systems wären: Entwicklung der Unterstützung durch die Gesellschaft, d.h. Aufbau einer Altersversicherung, wie es sie in den entwickelten Ländern gebe; Fortsetzung der Unterstützung durch die Kinder, eine "Zwischenlösung", weil die Unterstützung durch die Gesellschaft noch nicht mit dem Tempo der Überalterung Schritt halten könne; die Selbstversorgung durch eigene Arbeit der Alten, die eine notwendige Ergänzung zu den beiden anderen Versorgungsarten darstelle. Die Kombination dieser drei Arten der Versorgung, nämlich durch die Gesellschaft, die Familie und durch eigene Arbeit, wird als praktikabler Weg für China empfohlen.

Die in diesem Artikel dargelegten Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung in China mit all ihren Problemen scheinen - bei allem zum Ausdruck kommenden Ernst der Lage - eher zu

optimistisch zu sein, denn angesichts der Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der staatlichen Familienplanungspolitik sind Zweifel angebracht, ob die Bevölkerungszahl bis zum Ende des Jahrhunderts nicht auf mehr als 1,3 Mrd. ansteigt. Allein für die nationalen Minderheiten in China wird ein Bevölkerungswachstum von 1990: 91,2 Mio. auf 132 Mio. im Jahre 2000 vorausgesagt (RMRB, 2.7.92). Von der Realisierung des Zieles, die Bevölkerung nicht darüber hinaus wachsen zu lassen, hängen alle weiteren Vorausberechnungen ab. -st-

Außenwirtschaft

*(32)
Positive Entwicklung der Zahlungsbilanz 1991

Mitte Juli 1992 veröffentlichte die Staatliche Verwaltung für Devisenkontrolle Angaben zur Zahlungsbilanz 1991. Danach belief sich der Saldo der Leistungsbilanz auf 13,272 Mrd.US$, das sind 1,29 Mrd.US$ mehr als 1990. Der Saldo der Kapitalverkehrsbilanz betrug 1991 220 Mio.US$, ein starker Rückgang um 3,04 Mrd.US$ gegenüber 1990.

Der hohe Leistungsbilanzüberschuß weist auf die deutliche Verbesserung der Nettoauslandsposition Chinas hin. Hierzu hat der Überschuß in der Handelsbilanz beigetragen sowie der positive Saldo der Dienstleistungsbilanz (umfaßt Kosten für Fracht, Versicherung, Hafengebühren und -dienstleistungen, Tourismuseinnahmen, Investitionsgewinne, Bankzinsen, etc.) und der Übertragungsbilanz (umfaßt u.a. Entwicklungshilfe und Schenkungen internationaler Organisationen und Regierungen an China und von China an andere Länder, Devisenüberweisungen von Auslandschinesen).

Zwar schließt die Kapitalverkehrsbilanz mit einem geringen positiven Saldo ab, doch macht die Höhe der Abflüsse im langfristigen Kapitalverkehr (Rückzahlung von Krediten an ausländische Regierungen und internationale Organisationen) deutlich, daß sich China in einer Phase mit hohen Tilgungsraten für die Auslandsverschuldung befindet. Insgesamt wird von einer Auslandsverschuldung in Höhe von 55,1 Mrd. US$ ausgegangen. (EIU, No. 2, 1992, S. 3) Nach offiziellen Angaben betrug die Höhe der Devisenreserven Ende 1991 insgesamt 42,66 Mrd.US$ (1990: 28,59 Mrd.US$). Die Devisenreserven teilen sich auf in 21,71 Mrd.US$ staatliche und Devisenreserven der Banken in Höhe von 20,95 Mrd.US$. (CEN, No. 30, 10.8.92, S. 2-3) -schü-

Zahlungsbilanz 1991 (in Mio.US$)

1. Leistungsbilanz	13.272
- Handelsbilanz	
Exporte (fob)	58.919
Importe (fob)	50.176
Saldo	8.743
- Dienstleistungsbilanz	
Exporte v. Dienstl.	10.697
Importe v. Dienstl.	6.999
Saldo	3.698
- Übertragungsbilanz	
Privater Nettotransfer	444
Öffentl. Nettotransfer	387
Saldo	831
2. Kapitalverkehrsbilanz	220
- Langfristiger Kapitalverkehr	
Zuflüsse	12.858
Abschlüsse	13.000
Saldo	- 142
- Kurzfristiger Kapitalverkehr	
Zuflüsse	7.465
Abschlüsse	7.103
3. Devisenbilanz (Veränderung der Reserven)	
- insgesamt	-14.089
dav. Währungsres.	-14.071
Saldo der Staatl. Devisen	-10.619
Saldo der Bankdev.	-3.452
4. Restposten	597

Quelle: Angaben der Staatlichen Verwaltung für Devisenkontrolle, in: CEN, 10.8.92, S. 3.

*(33)
Handelsbilanzüberschuß auch im 1. Halbjahr

In den ersten sechs Monaten d.J. entwickelte sich der chinesische Außenhandel weiterhin sehr erfolgreich. Das gesamte Außenhandelsvolumen stieg um 20,2% gegenüber der Vorjahresperiode auf 68,67 Mrd.US$. Die Exporte erhöhten sich um 17,3% auf 35,61 Mrd.US$; der Anstieg der Importe war mit 23,4% deutlich höher und belief sich auf 33,06 Mrd.US$. Insgesamt machte der Handelsbilanzüberschuß im 1.Halbjahr dementsprechend 2,55 Mrd.US$. aus.

Die Importe von Materialien zur Weiterverarbeitung erhöhten sich im genannten Zeitraum um 20% und die Importe von Endprodukten stiegen um 21,4%. Der Wert der Anlagen, die von Unternehmen mit ausländischem Kapitalanteil importiert wurden, nahm um 34% zu und betrug 2,73 Mrd.US$. (SWB, 29.7.92, zitiert nach *Jingji Ribao*, 8.7.92; Importwert: RMRB, 8.7.92) Der Anteil der fünf Sonderwirtschaftszonen am gesamten Außenhandelsvolumen betrug im ersten Halbjahr rund 15%. (RMRB, 8.7.92)

Für das gesamte Jahr 1992 rechnen Experten mit einer weiterhin dynamischen Entwicklung im Außenhandel. Allerdings wird aufgrund des erwarteten anhaltenden Anstiegs der Importe nur mit einem geringeren Handelsbilanzüberschuß als 1991 gerechnet. Der Gesamtwert der Exporte im Jahre 1992 wird auf 82 Mrd.US$ und der Importwert auf 78 Mrd.US$ geschätzt. (NfA, 17.7.92)

Nach den Vorstellungen von Ye Lingyun, Leiterin der Im- und Exportabteilung bei Mofert sollten Anstrengungen zu einer stärkeren Diversifizierung der Exportstrukturen unternommen und neue Märkte erschlossen werden. So würden derzeit rund drei Viertel der Exporte in die Industrieländer gehen, während Märkte in Lateinamerika, Osteuropa, der ehemaligen UdSSR, Afrika, etc. nicht ausreichend berücksichtigt würden. Zwar sei der Devisenmangel in manchen Ländern ein Problem, doch existierten dort gute Absatzmöglichkeiten für chinesische Produkte.

Ye Lingyun wies darauf hin, daß Mofert der chinesischen Regierung vorgeschlagen habe, für solche chinesischen Außenhandelsunternehmen eine spezielle Exportrisikoversicherung zu übernehmen, die neue Märkte in den genannten Ländern erschließen. Auch sollten Außenhandelsunternehmen dort Handelsmessen organisieren und dorthin Handelsdelegationen entsenden. (XNA, 13.7.92) -schü-